

Frauennetz empfiehlt ein Ja

Obwohl im Regierungsprogramm die Förderung von Familie und Beruf definiert ist, hat die Regierung den seit 2010 bestehenden Finanzierungsstopp für neue Kitas nicht aufgehoben. Die Gesetzesvorlage der Regierung (Vernehmlassungsbericht vom Dezember 2015) sowie die Initiative der Wirtschaftskammer wollen diesen Stillstand nun ändern. Auch die Problematik der über die Krankentaggeldversicherung finanzierten Mutterschaftstaggelder, die in der KVG-Revision nicht aufgenommen

wurde, soll gleichzeitig gelöst werden. In der Diskussion um die Initiative fällt leider auf, dass Themen vermischt und falsch dargestellt werden. Die FAK-Beiträge werden fast zu 97 Prozent von den Arbeitgebern und zu 3 Prozent von Selbstständigen sowie nicht Erwerbstätigen bezahlt, was schon immer so geregelt war. Dieses Geld kommt alle Familien zugute. Die Finanzierung des Mutterschaftstaggeldes über die FAK kommt nicht nur Arbeitgebern, sondern auch Arbeitnehmenden zugute. Die Krankentaggeldprämien werden sinken, da das Mutterschaftstaggeld nicht mehr von den Versicherungen ausbezahlt wird. Da-

von profitieren die Arbeitnehmenden, denn sie bezahlen 50 Prozent der Prämien. Ausserdem steigert es die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, da sie nicht mehr als Risiko dafür betrachtet werden, dass sich wegen einer Schwangerschaft die Prämie erhöht. Selbstständig erwerbstätige Frauen können heute freiwillig eine Krankengeldversicherung abschliessen, welche bei Mutterschaft Taggelder auszahlt. Für sie muss es nach Annahme der Initiative die Möglichkeit geben, Taggeld von der FAK zu bekommen. In der Initiative fehlt die Finanzierung für die ausserhäusliche Betreuung bei Tagesmüttern. Um eine Ungleichbehandlung zwischen Kitas und Tagesmüttern zu vermeiden, müsste hier eine Regelung getroffen werden. Wird die Vorlage abgelehnt, würde der unbefriedigende Zustand andauern. Niemandem wäre geholfen! Im Gegenteil. Es würde argumentiert, die Stimmberechtigten wollten, dass die Kitas weiterhin Privatsache sind. Wird die Initiative jedoch angenommen, kann, wie die Wirtschaftskammer selbst sagt, das Angebot erweitert werden. Ein Nein zur Initiative würde einen weiteren Stillstand in der Familienpolitik bedeuten. Auch wenn einzelne Themen nicht abgedeckt sind oder die konkrete gesetzliche Ausformulierung noch offen ist, ist die Initiative ein wichtiger Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb empfiehlt das Frauennetz Liechtenstein ein Ja.